



CDU-Stadtverband Konstanz, Untere Laube 24, 78462 Konstanz

Südkurier Medienhaus GmbH  
Lokalredaktion  
Am Fischmarkt 3

78462 Konstanz

**CDU Stadtverband  
Konstanz**

der Vorsitzende

Matthias Heider

Radolfzeller Strasse 52  
78467 Konstanz

Telefon: +49 7531 364586  
Telefax: +49 7531 364588

E-Mail:  
m.heider@cdu-konstanz.de  
www.cdu-konstanz.de

## Presse-Erklärung

Konstanz, den 08.11.2013

### **Ist die Herzkllinik in Schwierigkeiten?**

Der CDU-Stadtverband Konstanz dankt unserer Konstanzer Herzkllinik für die hervorragende medizinische Versorgung und spricht sich mit Entschiedenheit für den Erhalt dieser kardiologischen Versorgung in Konstanz aus.

Zudem wissen wir alle, dass es für Patienten im medizinischen Bereich der Kardiologie, insbesondere bei Infarkten und Schlaganfällen nicht nur um Minuten, sondern um Sekunden geht. Schon aus diesem Grund dürfte offensichtlich sein, dass eine solche äußerst kurzfristige Akutversorgung überlebenswichtig ist und nur vor Ort ermöglicht werden kann. Daher sind lange Transportwege lebensbedrohend und auch der Genesung und Rehabilitation der Patienten abträglich.

Die medizinische Qualität der Herzkllinik genießt weithin einen hervorragenden Ruf. In einigen Behandlungsmethoden hat die Herzkllinik Alleinstellungsmerkmale, was Patienten aus ganz Deutschland und auch aus dem nahen und fernen Ausland veranlasst hat, gerade der Konstanzer Herzkllinik ihr Vertrauen zu schenken.

Die große Zahl der Patienten denen schnell und auf höchstem medizinischen Standard geholfen werden konnte und die heute wieder ein normales Leben führen, bestätigt die äußerst kompetente medizinische Versorgung der dortigen Mediziner und die ebenso gute Betreuung des medizinischen Fachpersonals. Insofern sollte von einem eventuellen und bisher noch nicht einmal konkret bestätigten und nachgewiesenen Fehlverhalten Einzelner, nicht auf die gesamte Belegschaft und die Herzkllinik als Ganzes geschlossen werden.

Dies gilt auch, sofern der öffentlichen Berichterstattung Glauben geschenkt werden kann, für die verantwortliche Ministerin unseres Landes, die ihre Äußerungen so abwägen sollte, dass einer verdienstvollen Klinik und damit vielen Menschen nicht unangemessener Schaden zugefügt wird. Abgesehen davon gilt aber auch für sie, dass man mit öffentlichen Äußerungen die gegebenenfalls in die Grundrechte der Berufsfreiheit eingreifen, zurückhaltend sein sollte, da erst erwiesenes Fehlverhalten die Unschuldsvermutung entkräften kann.

Zudem sollte mit Sorgfalt bedacht werden, welche Verunsicherungen derartige öffentliche Äußerungen zu einer ev. Klinikschließung etc. - bei den Angestellten die seit Jahren mit hohem Engagement ihre Arbeit im Dienste der Patienten verrichten, zur Folge haben. Gerade in der Abwägung von öffentlichem Aufklärungs- und Informationsinteresse, müssen auch die sozialen Folgewirkungen bei den Mitarbeitern und ihren Familien berücksichtigt werden. Daher hoffen wir sehr, dass sowohl die Medien, als auch das Ministerium und die Krankenkassen wieder die nötige Sorgfalt und den Blick für das Ganze zurückgewinnen, um sich nicht den Vorwurf eines Mitverschuldens an bisher kaum absehbaren Folgewirkungen zuzuziehen.

Selbstverständlich sind auch wir der Auffassung, dass in diesem Zusammenhang eine umfassende und lückenlose Aufklärungs- und Ermittlungsarbeit durch die zuständigen Behörden mit den entsprechenden Konsequenzen erfolgen muss, von pauschalen Vorverurteilungen nehmen wir jedoch Abstand.



Matthias Heider  
Vorsitzender